

Die Arbeit der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU 2009

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 23. November 2010 zu den Arbeiten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP/EU 2009 (2010/2236(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits, unterzeichnet in Cotonou am 23. Juni 2000 („Cotonou-Partnerschaftsabkommen“)¹,
- gestützt auf die Geschäftsordnung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU (PPV) vom 3. April 2003², zuletzt geändert am 28. November 2008 in Port Moresby (Papua-Neuguinea),
- unter Hinweis auf den Europäischen Konsens über Entwicklungspolitik vom 20. Dezember 2005³,
- unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit⁴,
- unter Hinweis auf die am 22. November 2007 von der PPV angenommene Erklärung von Kigali (Ruanda) für entwicklungsfreundliche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA)⁵,
- unter Hinweis auf die am 3. Dezember 2009 in Luanda (Angola) von der PPV angenommene Erklärung von Luanda zur zweiten Überprüfung des Partnerschaftsabkommens AKP-EU („Cotonou-Partnerschaftsabkommen“)⁶,
- unter Hinweis auf das am 26. Februar 2009 in Georgetown (Guyana) auf dem dritten Karibik-Regionaltreffen von der PPV angenommene Kommuniqué von Georgetown⁷,
- unter Hinweis auf das am 30. Oktober 2009 in Ouagadougou (Burkina Faso) auf dem Westafrika-Regionaltreffen von der PPV angenommene Kommuniqué von Ouagadougou⁸,
- unter Hinweis auf den am 18. Dezember 2007 unterzeichneten Europäischen Konsens über

¹ ABl. L 317 vom 15.12.2000, S. 3.

² ABl. C 231 vom 26.9.2003, S. 68.

³ ABl. C 46 vom 24.2.2006, S. 1.

⁴ ABl. L 378 vom 27.12.2006, S. 41 (geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 960/2009 der Kommission vom 14. Oktober 2009, ABl. L 270 vom 15.10.2009, S. 8).

⁵ ABl. C 58 vom 1.3.2008, S. 44.

⁶ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 43.

⁷ AP/100.509.

⁸ AP/100.607.

die humanitäre Hilfe¹,

- unter Hinweis auf die von der PPV im Jahre 2009 angenommenen Entschlüssen:
 - zu den Herausforderungen im Zusammenhang mit der demokratischen Berücksichtigung der ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt in den AKP- und EU-Staaten²,
 - zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) und ihren Auswirkungen auf die AKP-Staaten³,
 - zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Klimawandels in den AKP-Staaten⁴,
 - zu der Rolle des Partnerschaftsabkommens von Cotonou im Hinblick auf die Nahrungsmittel- und Finanzkrise in den AKP-Staaten⁵,
 - zu der Schaffung und Förderung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und einer Regierung in Somalia⁶,
 - zur Weltordnungspolitik und zur Reform internationaler Institutionen⁷,
 - zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die AKP-Staaten⁸,
 - zur sozialen und kulturellen Integration und Teilhabe von Jugendlichen⁹,
 - zum Klimawandel¹⁰,
 - zur Lage in Madagaskar¹¹,
 - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Entwicklungsausschusses (A7-0315/2010),
- A. in der Erwägung, dass die PPV-Mitglieder auf ihren ordentlichen Tagungen im April 2009 in Prag (Tschechische Republik) und Dezember 2009 in Luanda (Angola) ihre Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen bei den WPA-Verhandlungen zum Ausdruck gebracht haben,

¹ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission: „Europäischer Konsens über die humanitäre Hilfe“ (ABl. C 25 vom 30.1.2008, S. 1).

² ABl. C 221 vom 14.9.2009, S. 19.

³ ABl. C 221 vom 14.9.2009, S. 24.

⁴ ABl. C 221 vom 14.9.2009, S. 31.

⁵ ABl. C 221 vom 14.9.2009, S. 38.

⁶ ABl. C 221 vom 14.9.2009, S. 43.

⁷ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 20.

⁸ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 24.

⁹ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 29.

¹⁰ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 36.

¹¹ ABl. C 68 vom 18.3.2010, S. 40.

- B. unter Hinweis auf die Annahme der Verordnung (EG) Nr. 1905/2006, die auch auf die AKP-Staaten anwendbare thematische Programme sowie ein Programm von Begleitmaßnahmen für die AKP-Unterzeichnerstaaten des Zuckerprotokolls umfasst,
- C. in Anbetracht der Verpflichtung, die das Kommissionsmitglied für Entwicklung und humanitäre Hilfe auf der Tagung der PPV im Juni 2007 in Wiesbaden eingegangen ist, die Länder- und Regionalstrategiepapiere für die AKP-Staaten (Zeitraum 2008-2013) der demokratischen Kontrolle durch die Parlamente zu unterziehen, in Anbetracht der erfreulichen Tatsache, dass diese Zusage eingehalten wurde,
- D. in der Erwägung, dass die Überarbeitung des Cotonou-Partnerschaftsabkommens 2010 eine wichtige Gelegenheit zur Stärkung der Rolle der PPV und zur Entwicklung ihrer regionalen Dimension sowie zur Entwicklung der parlamentarischen Kontrolle auf der Ebene der AKP-Regionen darstellt,
- E. in Anbetracht des beträchtlichen Erfolgs der beiden Regionaltreffen der PPV 2009 in Guyana und Burkina Faso, die zur Annahme der oben genannten Kommuniqués von Georgetown und Ouagadougou führten,
- F. in der Erwägung, dass sich 2009 die Lage in Niger, Guinea und Madagaskar verschlechtert hat, so dass die parlamentarische Demokratie in diesen drei Ländern aufgehoben wurde und ihre Vertreter auf der 18. Tagung der PPV in Luanda auf den Status von Beobachtern herabgestuft wurden,
- G. in der Erwägung, dass der anhaltende Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo zu schweren und wiederholten Verletzungen der Menschenrechte geführt hat; in der Erwägung, dass es einer wirkungsvollen humanitären Hilfe und eines stärkeren Engagements der internationalen Gemeinschaft bedarf,
- H. unter Hinweis auf die Arbeiten des Panafrikanischen Parlaments (PAP) und der Formalisierung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem PAP sowie unter Hinweis auf die Bildung einer interparlamentarischen Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen mit dem PAP,
1. begrüßt es, dass die PPV auch 2009 den Rahmen für einen offenen, demokratischen und vertieften Dialog zwischen der EU und den AKP-Staaten über das Cotonou-Partnerschaftsabkommen, einschließlich der WPA-Verhandlungen, bietet, und fordert einen weiter reichenden politischen Dialog;
 2. begrüßt die positive Haltung des neuen für Handelsfragen zuständigen Mitglieds der Kommission zu der Forderung mehrerer AKP-Länder und -Regionen nach einer Wiederaufnahme der Diskussion über die in den WPA-Verhandlungen angesprochenen strittigen Fragen, in Übereinstimmung mit den Erklärungen des Präsidenten der Kommission; weist daraufhin, dass die Aushandlung der WPA und deren Umsetzung einer engen parlamentarischen Kontrolle bedürfen;
 3. betont insbesondere die überaus wichtige Rolle der Parlamente der AKP-Staaten sowie der Gebietskörperschaften und nichtstaatlichen Akteure bei der Überwachung und Verwaltung der Länder- und Regionalstrategiepapiere und bei der Umsetzung des EEF und fordert die Kommission auf, deren Einbeziehung sicherzustellen; betont die Notwendigkeit einer strengen parlamentarischen Kontrolle während der Verhandlungen über die WPA;

4. fordert die Parlamente der AKP-Staaten auf, darauf zu drängen, dass ihre Regierungen sowie die Kommission sie an der Vorbereitung und Umsetzung der Länder- und Regionalstrategiepapiere über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten (Zeitraum 2008-2013) beteiligen und ihre vollständige Einbeziehung in die WPA-Verhandlungen gewährleisten;
5. fordert die Kommission auf, den Parlamenten der AKP-Staaten sämtliche vorhandenen Informationen vorzulegen und sie in diesem Prozess der demokratischen Kontrolle insbesondere durch Verstärkung ihrer Kapazitäten zu unterstützen, insbesondere während der Aushandlung und Umsetzung der WPA;
6. unterstreicht die Besorgnis der PPV angesichts der Auswirkungen der derzeitigen Finanzkrise und weist auf die Annahme einer EntschlieÙung zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die AKP-Staaten in Luanda und auf die EntschlieÙungen zu den Folgen der Krise für die AKP-Staaten und zu dem Umgang mit der Krise hin; ermutigt die PPV, weiterhin in diesem Bereich tätig zu sein und sich der Frage zusätzlicher innovativer Finanzquellen für die Entwicklung, wie z.B. einer internationalen Finanztransaktionssteuer, zu widmen; fordert die PPV außerdem auf, die Frage der Beseitigung von Steueroasen in Angriff zu nehmen;
7. begrüÙt die auf der Tagung der PPV in Kigali von dem für Entwicklung und humanitäre Hilfe zuständigen Kommissionsmitglied gemachte Zusage, die Länder- und Regionalstrategiepapiere für die AKP-Staaten (Zeitraum 2008-2013) einer demokratischen Prüfung durch die Parlamente zu unterziehen; begrüÙt zugleich die bereits von einer Reihe von Parlamenten aus AKP-Staaten begonnene Prüfung dieser Dokumente sowie die Überprüfung der Regionalstrategiepapiere durch die PPV mit Blick auf die Halbzeitüberprüfung, und fordert, dass diese geleistete Arbeit angemessen berücksichtigt wird;
8. weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, die Parlamente eng am demokratischen Prozess und an den nationalen Entwicklungsstrategien zu beteiligen; betont deren grundlegend wichtige Rolle bei Gestaltung, Kontrolle und Überwachung der entwicklungspolitischen Maßnahmen;
9. bekräftigt seinen Standpunkt, dass der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) in den Haushaltsplan der Europäischen Union einbezogen werden sollte, um die Kohärenz, die Transparenz und die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu stärken und ihre demokratische Kontrolle zu gewährleisten; verweist darauf, dass die Einbeziehung des EEF in den Haushaltsplan der Union auch eine geeignete Lösung für die Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Ratifizierung aufeinanderfolgender EEF ist;
10. fordert die Parlamente auf, eine straffe parlamentarische Kontrolle des EEF auszuüben; betont die privilegierte Position der PPV in dieser Diskussion und fordert die PPV sowie die AKP-Parlamente zur aktiven Teilnahme daran auf, insbesondere im Zusammenhang mit der Ratifizierung des geänderten Cotonou-Partnerschaftsabkommens;
11. nimmt mit Befriedigung den zunehmend parlamentarischen und damit stärker politischen Charakter der PPV sowie das verstärkte Engagement ihrer Mitglieder und die gestiegene Qualität ihrer Aussprachen zur Kenntnis, die die Partnerschaft AKP-EU erheblich bereichern;

12. ist der Auffassung, dass die am 2. Dezember 2009 in Luanda von den Ko-Präsidenten der PPV abgegebene Erklärung zur Lage in Niger und die oben genannte Entschließung zur Lage in Madagaskar bedeutsame Beispiele für diesen verstärkten Dialog darstellen;
13. fordert die PPV auf, die Lage im Sudan, in Madagaskar, in Niger und Guinea Conakry weiterhin im Auge zu behalten;
14. fordert die PPV auf, sich weiterhin mit der Lage in Somalia zu befassen, die für die somalische Bevölkerung immer lebensbedrohlicher wird und die Sicherheit in der Region gefährdet, und fordert die EU auf, an ihren Zusagen bezüglich der Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Wiederherstellung der Stabilität in der Region und der Bekämpfung der Piraterie festzuhalten;
15. fordert die PPV auf, zu den Sensibilisierungsbemühungen der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich der Konflikte im Osten der Demokratischen Republik Kongo beizutragen, eine politische Verhandlungslösung für die Krise zu fördern und jegliche Maßnahme zu unterstützen, die Ergebnis einer Verhandlungslösung sein könnte;
16. fordert die PPV auf, den Dialog mit dem Panafrikanischen Parlament und mit den Parlamenten von Regionalorganisationen wegen der Bedeutung der Regionalintegration für Frieden und Entwicklung in den AKP-Staaten fortzusetzen und zu vertiefen;
17. bedauert, dass die PPV nicht ausreichend zur Ausarbeitung der gemeinsamen EU-Afrika-Strategie gehört wurde, und hofft, dass die PPV aktiv in die Umsetzung der Strategie einbezogen wird;
18. begrüßt es, dass 2009 weitere im Cotonou-Partnerschaftsabkommen und der Geschäftsordnung der PPV vorgesehene Regionaltreffen stattgefunden haben; ist der Auffassung, dass diese Treffen einen wirklichen Meinungsaustausch zu regionalen Fragen wie Konfliktverhütung und -lösung, regionaler Zusammenhalt, Menschenrechte, Umweltfragen und WPA-Verhandlungen ermöglichen; spricht den Organisatoren der beiden äußerst erfolgreichen Tagungen in Guyana und Burkina Faso seine Anerkennung aus;
19. fordert die PPV auf, während ihrer Regionaltreffen die WPA-Verhandlungen genau zu verfolgen;
20. bedauert, dass der Rat die wiederholten Forderungen des Europäischen Parlaments zur Aufnahme einer strengeren Klausel über Nichtdiskriminierung in das geänderte Cotonou-Abkommen, die es insbesondere während der PPV in Luanda erhoben hat, ignoriert hat;
21. verweist erneut auf das Prinzip der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung als Grundlage für die Ausweitung einer legitimen demokratischen Staatsführung und des politischen Dialogs in der PPV;
22. fordert die PPV auf, die Rolle seines Ausschusses für politische Angelegenheiten zu stärken und so die Versammlung zu einem echten Forum für Diskussionen im Rahmen der AKP-EU-Partnerschaft über die Achtung der Menschenrechte, die Demokratisierung der Gesellschaft und die Konfliktverhütung und Konfliktlösung zu machen;
23. begrüßt des Weiteren den in Luanda angenommenen Bericht des Ausschusses für politische

Angelegenheiten der PPV über Global Governance, in dem weitgehende Reformen der Finanzinstitute in der ganzen Welt gefordert werden;

24. nimmt die Absicht des PPV-Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen zur Kenntnis, die Arbeiten im Zusammenhang mit den WPA und die Suche nach Auswegen aus der Krise fortzusetzen;
25. verweist auf die Arbeit des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Umwelt der PPV im Zusammenhang mit seinem Bericht über Kinderarbeit und seine Absicht, Studien und Diskussionen über die Umwelt und die soziale Lage in den AKP-Ländern durchzuführen;
26. begrüßt des Weiteren die im Jahre 2009 angenommenen Berichte und Entschlüsse zum Klimawandel, mit denen sich die PPV beim Gipfel in Kopenhagen Gehör verschaffen konnte;
27. begrüßt die zunehmende Beteiligung von nichtstaatlichen Akteuren an den PPV-Tagungen, wofür die Diskussion, die zur Annahme der oben genannten Erklärung von Port Moresby über die aktuelle internationale Krise geführt hat, und der Bericht der Wirtschaftspartner über die WPA, der auf der PPV-Tagung in Ljubljana vorgelegt wurde, beispielhaft sind;
28. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschlüsse dem Rat, der Kommission, dem Ministerrat der AKP-Staaten, dem Präsidium der PPV sowie den Regierungen und Parlamenten der Tschechischen Republik und der Republik Angola zu übermitteln.